



## Rente retten? Längeres Arbeiten allein reicht nicht. Mathematisch schwer – politisch notwendig: Warum die Rentenreform keine Garantie, aber eine Voraussetzung ist

Ute Pappelbaum

**Die deutsche Rentenversicherung steht vor einer historischen Belastungsprobe. Längeres Arbeiten und mehr private Vorsorge sollen das System retten – doch die mathematische Realität spricht eine andere Sprache. Warum Reformen zwar notwendig, aber keine Garantie für Stabilität sind.**

„Es drängt – ist es im Interesse der Bevölkerung, vor einem Scherbenhaufen zu stehen?“

„Wie oft eigentlich noch? Es drängt: Abschaffung der Rente mit 63, eine Koppelung des Eintrittsalters an die Lebenserwartung, eine Verstärkung des Nachhaltigkeitsfaktors und eine inflationsorientierte Anpassung von Bestandsrenten.“

„Ist es im Interesse der Bevölkerung, dass wir vor einem Scherbenhaufen stehen, weil das System nicht mehr finanzierbar ist? Hat nicht die Mehrheit der Bevölkerung Kinder, denen sie hier eine eigentliche ausweglose Situation hinterlässt?“

Ihre Warnung zielt auf den intergenerationellen Fairnessbruch – aber auch auf die fiskalische Realität: Die Finanzierungslücken in der gesetzlichen Rente wachsen – und treffen längst auch die öffentliche Daseinsvorsorge.

### Wenn der Bund spart, zahlen die Kommunen

Schon heute führen geringe Rentenzahlungen bei vielen Menschen zu einem schleichenden Übergang in die Grundsicherung im Alter. Das bedeutet faktisch: Die Verantwortung für das Rentenversagen wird zunehmend auf Städte und Gemeinden verlagert. Sozialämter stehen bereits heute unter massivem Druck. Der Kessel ist am Anschlag – und mit der anrollenden Ruhestandswelle der Babyboomer droht er zu explodieren.

Die Rechnung ist einfach: Was das Rentensystem nicht leistet, muss über Sozialhilfe kompensiert werden – eine teure und entwürdigende Parallelstruktur, die weder fiskalisch effizient noch gesellschaftlich akzeptabel ist.

## Die demografische Arithmetik ist erbarmungslos

Zwischen 2025 und 2040 wird die Babyboomer-Generation – rund 13 Millionen Menschen – schrittweise in den Ruhestand treten. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Erwerbstätigen deutlich. Das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenbeziehern droht laut Prognosen auf etwa 1,3:1 zu fallen. Ein reines Umlagesystem ist unter diesen Bedingungen nicht nachhaltig tragfähig – unabhängig von Beitragssatz oder Renteneintrittsalter.

## Längeres Arbeiten lindert Symptome, aber heilt nicht die Ursache

Die Anhebung des Rentenalters – etwa durch eine Kopplung an die steigende Lebenserwartung – kann kurzfristig entlasten. Doch sie verschiebt die demografische Schieflage lediglich. Wenn auch die heute 40-Jährigen im Alter 85 oder 90 Jahre alt werden, verlängert sich die Rentenbezugsdauer weiter. Ohne Verknüpfung der Rentenleistungen an Produktivität oder Kapitalerträge stößt das System an seine ökonomischen wie physischen Grenzen.

## Kapitaldeckung ist notwendig, aber nicht hinreichend

Beispielmodelle wie in Schweden oder Norwegen zeigen, dass ein robuster Kapitalstock die Umlage ergänzen, aber nicht ersetzen kann. In Deutschland jedoch sind die Einstiegshürden hoch: Wer ein geringes Nettoeinkommen hat, kann kaum Rücklagen bilden – erst recht nicht inflationssicher und renditestark. Kapitaldeckung kann also einen Beitrag leisten, ersetzt jedoch nicht die staatliche Pflicht zur Daseinsvorsorge.

## Politisch realistisch? Nur mit einem neuen Gesellschaftsvertrag

Die mathematische Stabilisierung des Systems mag illusorisch erscheinen – politisch jedoch lässt sich ein Ausgleich herstellen. Notwendig wäre ein

generationengerechter, sozial ausgewogener Kompromiss, der auf fünf Säulen beruht:

- moderat steigende Beitragssätze, fair verteilt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern,
- ein flexibles Renteneintrittsalter, das Erwerbsbiografien und gesundheitliche Belastungen berücksichtigt,
- eine existenzsichernde Sockelrente, um Altersarmut zu verhindern,
- verpflichtende, staatlich geförderte Zusatzvorsorge – idealerweise kollektiv organisiert,
- eine umfassende Finanzierungsbasis, die auch Beamte, Selbstständige und Freiberufler einbezieht.

## Kein Wundermittel – aber alternativlos. Und für die Versicherungswirtschaft ein Signal

Nein, die Reform wird das deutsche Rentensystem nicht „retten“ im Sinne einer Rückkehr zur alten Stabilität. Doch sie ist die Voraussetzung, um einen kontrollierten, fairen und finanzierbaren Übergang in eine neue Rentenrealität zu ermöglichen. Die ökonomische Logik lässt keinen anderen Schluss zu: Ohne Eingriffe droht der Systemkollaps – mit mutigen Reformen bleibt das Modell wenigstens steuerbar. Und das ist unter den heutigen demografischen Bedingungen bereits ein bedeutender Fortschritt.

Für die Versicherungswirtschaft bedeutet diese Lage zweierlei:

Erstens eröffnet sich ein Gestaltungsfenster für neue Vorsorgelösungen – betrieblich wie privat. Die politisch angestoßene Kapitaldeckung – etwa über die Frühstart-Rente oder das geplante Generationenkapital – weist in eine Richtung, in der Versicherer als kollektive Risikomanager zunehmend gefragt sind.

Zweitens verlangt die Entwicklung eine strategische Neupositionierung. Altersvorsorge wird sich in Zukunft stärker entlang hybrider Modelle bewegen: Umlage + Kapitaldeckung + steuerlich geförderte Eigenvorsorge. Versicherungsunternehmen sind daher nicht nur Anbieter, sondern auch Systempartner, wenn es um verlässliche, transparente und lebensphasenorientierte Produkte geht.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4940885/Mathematisch-schwer---politisch-notwendig-Warum-die-Rentenreform-keine-Garantie-aber-eine-Voraussetzung-ist/>